

Kleine Anfrage 1883

der Abgeordneten Iris Schülzke
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Schulschließungen in Brandenburg

In der Sitzung der Enquetekommission am 17.Juni 2016 berichtete die Vertreterin des Bildungsministeriums, dass auf Grund der Schülerentwicklung es notwendig wird, in den kommenden Jahren, etwa 1/3 der Schulen im Land Brandenburg zu schließen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Schulen sind in den nächsten 5 Jahren von einer Schließung bedroht? (Bitte nach Landkreisen auflisten!)
2. Welche Schulen sind in den nächsten 10 Jahren von Schließung bedroht? (Bitte nach Landkreisen auflisten!)
3. Welche Schulen, in welchen Landkreisen, konnten in den letzten Jahren aus Kapazitätsgründen nicht alle Schüler entsprechend ihrem Schulwunsch aufnehmen?
4. Wie werden die Belastungen durch die Verlängerung der Fahrzeiten für die Kinder/Schüler eingeschätzt, wie viele Kinder und welche Gemeinden/ Landkreise betrifft das?
5. Welche Initiativen werden ergriffen, um die Schließung der Schulen zu vermeiden? (Bitte verschiedene Beispiele beschreiben)
6. Müssen auf Grund des Einwohnerzuwachses im Berliner Umland neue Schulen gebaut werden?
7. Wie viele Schulen, mit welcher Kapazität und wo (in welchen Gemeinden/Landkreisen) werden in den nächsten 5 Jahren neu gebaut und welche Schulträger sind für diese Schulneubauten vorgesehen?
8. Wie hoch werden die Schulgelder der privaten Schulträger sein?
9. Werden Kindern an staatlichen Schulen Schulplätze angeboten, wenn die Eltern kein Schulgeld zahlen wollen oder mit dem privaten Träger, bspw. konfessionellen privaten Schulträgern nicht einverstanden sind?
10. Wie viele Schulen, in welchen Gemeinden/Landkreisen sollen in den nächsten 5 Jahren durch Anbauten erweitert werden?
11. Auf welcher aktuellen Statistik bzw. auf welchen Zahlen beruht die Aussage zur beabsichtigten Schließung von 33% der Schulen? Bitte die Zahl der Kinder und Jugendlichen in den einzelnen Landkreisen und Kreisfreien Städten tabellarisch angeben, aufgeschlüsselt seit dem Geburtsjahr 2000.

12. In der Bevölkerung wird diskutiert, dass derartige Informationen immer öfter unter die Bevölkerung gestreut werden, um junge Familien in ländlichen Regionen zu verunsichern und zum Wegzug zu bewegen. Welche Instrumente stellt die Landesregierung den Kommunen, insbesondere den Abgeordneten der Gemeindevertretungen und der Kreistage in ländlichen Räumen zur Verfügung, um solche Argumente zu entkräften?